

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.  
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbefrei-  
gungen. Kioskaufnahme 6.- M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Druckversteuersatz 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Welt und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einzeln. Rangzeitung 20 Pf.,  
Wochenzeitung 5.- M., „Kleine An-  
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.,  
zulässig zwei festgedruckte Worte, jedes  
weitere Wort 12 Pf., Nebenl. Textl.  
Ergänzungen das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 W., Familien-  
anzeigen Seite 40 W., Angelegenheiten  
im Hausgehalt (Wohnverträge) 2. mo-  
natlich von 8 Pf. bis 17 Pf.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abrechnung nicht genehmiger Eingänge vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Lohschiff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. S. u. Disz.-Ges., Depostkont., Jerusalemstr. 63/64.

# Lohn-, Miete-, Preissenkung!

## Aber Lohnsenkung stärker! — Uniformen und Abzeichen verboten! Kampfansage Brüning gegen Hitler!

Die neue Notverordnung ist noch nicht im Wortlaut veröffentlicht, aber dem Inhalt nach bekannt. Eine möglichst objektive und umfassende Wiedergabe dieses Inhalts finden die Leser an anderer Stelle. Jeder wird sie aufmerksam lesen, denn für jeden einzelnen ist diese Verordnung ein Schicksalsbuch. Ihre wirtschaftlichen Diktate greifen in jeden Betrieb und in jeden Einzelhaushalt tief hinein. Ihre politischen Maßnahmen packen jeden einzelnen Menschen auch in seinen Empfindungen — beide, die wirtschaftlichen und die politischen Bestimmungen werden einen Sturm des Widerspruchs hervorrufen.

Aber es ist nicht nur so, daß diese Verordnung selbst in unser aller Leben eingreift, auch was weiter aus ihr wird, ist für uns alle eine Schicksalsfrage. Ob sich eine Reichstagsmehrheit findet, die sie hinnimmt, weil sie sich einer gegebenen Zwangslage beugen zu müssen glaubt, oder ob sich eine Reichstagsmehrheit bildet, die sich gegen sie auflehnt, auf alle Fälle werden die politischen Wirkungen von allerhöchster Bedeutung sein.

Wir wollen auf keinen Fall die geschichtliche Tatsache in Vergessenheit geraten lassen, daß die wichtigsten Bestimmungen dieser Verordnung gegen den entschiedensten Widerspruch der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften erlassen worden sind. Wir erinnern an die Warnungen der letzten Stunde, die Genosse Leipart wegen der geplanten Lohnsenkungen an den Reichskanzler gerichtet hat. Diese Warnungen sind überhört worden.

Die Reichsregierung glaubt, ihr Vorgehen dadurch rechtfertigen zu können, daß sie diesmal wirklich ernst gemeinte Versuche gemacht hat, die Preise zu senken. Sie versichert, daß sie der ehrlichen Absicht sei, Preise und Löhne in ein solches Verhältnis zueinander zu bringen, daß die Arbeiter von einem verminderten Barlohn ebensoviel kaufen können wie zuvor. Sie wird sich nicht wundern, wenn solche Versicherungen — nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat — auf tiefes Mißtrauen stoßen. Würden die Lohnsenkungen durch Preissenkungen hundertprozentig ausgeglichen, so bliebe für den Lohnempfänger tatsächlich alles beim alten. Die Preissenkungen, unter denen die Senkung der Mieten besonders in die Augen sticht, werden aber nur einen Teil des Lohnabzugs wieder ausgleichen — lange nicht den ganzen Lohnabzug. Die von der Reichsregierung erstrebte Erhaltung der Kaufkraft wird also nicht eintreten, sondern der Schrumpfungszustand wird weiter gehen.

Was für die Arbeiter gilt, gilt auch für die Beamten, die Angestellten, auch ihnen wird mehr genommen als gegeben wird.

Für die Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß sie nach geeigneten Mitteln und Wegen suchen muß, um die Wirkungen der Notverordnung auf das Einkommen der arbeitenden Massen abzumildern und so bald wie möglich ganz aufzuheben. In dieser Hinsicht könnte der 30. April nächsten Jahres, an dem das Tarifrecht wieder in Kraft treten soll, ein Hoffnungstag sein. Ob es aber möglich sein wird, zum nächsten ersten Mai wesentliche Verbesserungen zu erzielen, das wird von der Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen und der politischen Verhältnisse abhängen, die heute niemand voraussehen kann. Würden die Reparationsfrage, die Frage der privaten Auslandsschulden in günstigem Sinne gelöst, käme eine bessere Wirtschaftskonjunktur und könnte eine Krise im Innern vermieden werden, dann könnte man wirklich hoffen, mit diesen neuesten Zwangsmassnahmen sei die Sohle des Abgrundes erreicht und nun würde es wieder aufwärts gehen.

Auf alle Fälle bleibt diese Notverordnung der stärkste und umfassendste Eingriff, der innerhalb der kapitalistischen Welt jemals vom Staat in die Wirtschaft unternommen worden ist. Von der sogenannten freien Wirtschaft ist nichts mehr übrig geblieben. Wie immer dieses Experiment ausgehen mag, auf keinen Fall bedarf von jetzt ab der Anspruch des Sozialismus, die Wirtschaft von Staats wegen im

Interesse der arbeitenden Massen zu regeln und zu leiten, einer weiteren Rechtfertigung.

Dieser Anspruch kann durch ein Gelingen des gegenwärtigen Experiments nicht gemindert, er kann durch sein Scheitern nur gestärkt werden. Denn der staatliche Eingriff, wie er jetzt unternommen wird, ist aufs stärkste beeinflusst durch Rücksichtnahme auf die in Deutschland wirtschaftlich herrschenden Klassen und Schichten. Die Sozialdemokratie stellt sich einen solchen Eingriff ganz anders vor!

Die politischen Bestimmungen der Notverordnung sind ein Stück Belagerungszustand! Das Verbot des Tragens von Uniformen und politischen Abzeichen schert alles über einen Kamm. Daß es bis auf weiteres den Verteidigern der Republik in gleicher Weise wie ihren Feinden verboten sein soll, ihre Gesinnung in Kleid und Abzeichen erkennen zu lassen, muß Erbitterung hervorrufen. Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung lange bei einer rein mechanischen Gleichstellung aller sogenannten „Wehrverbände“ bleiben kann, und wir werden nicht aufhören, diese mechanische Gleichstellung zu bekämpfen.

Der Reichskanzler Brüning hat gestern endlich im Rundfunk Worte gegen die Nationalsozialisten gesprochen, die einer offenen Kampfansage gleichkommen. Die Reichsregierung macht sich stark dafür, daß Deutschland nicht faschistisch wird. Aber in dem Augenblick, in dem sie das tut, bringt sie durch ihre wirtschaftlichen Maßnahmen und ihre politischen Diktate alle gegen sich auf!

Die deutsche Arbeiterbewegung, nicht die

Sozialdemokratische Partei allein, steht vor allerhöchsten Entscheidungen. Es geht nicht um die Frage, ob wir diese Notverordnung wollen oder nicht wollen, daß wir sie nicht wollen, darüber gibt es unter uns gar keinen Streit. Eine taktische Haltung, die dieses unser Nichtwollen verdunkelt und das einer verlogenen Demagogie Gelegenheit zu der Behauptung gibt, an allem Unheil sei wie stets die Sozialdemokratie schuld, birgt zweifellos sehr große Gefahren in sich. Auf der anderen Seite kann ebensowenig ein Zweifel daran sein, daß der jetzt angesagte Kampf der Regierung Brüning gegen die Nationalsozialisten sehr schnell zu Ende sein wird, wenn eine Mehrheit des Reichstags die Aufhebung der Verordnung verlangt und damit entweder den Sturz der Regierung oder die Auflösung des Reichstags oder beides zugleich herbeigeführt. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus würde dann unter gänzlich geänderten Umständen geführt werden müssen. Ein erträgliches Ergebnis der Verhandlungen mit dem Ausland und eine Belebung der Wirtschaft würden dann Dinge sein, die in die allerweiteste Ferne gerückt wären.

Alles in allem: es geht nicht nur darum, was in den nächsten Monaten an Löhnen, Gehältern und Sozialrenten ausgezahlt wird. Es geht nicht nur darum, ob in den nächsten Monaten Reichsbanneruniformen und Parteiabzeichen getragen werden, es geht — so oder so — um eine Entscheidung, die auf Jahrzehnte hinaus von gewaltiger Bedeutung sein wird. Es handelt sich um Leben und Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und damit um eine Schicksalsfrage für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt!

## Der Inhalt der Verordnung.

Die neue Notverordnung der Reichsregierung bringt in acht Abschnitten Vorschriften auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Löhne, der öffentlichen Finanzen und der Innenpolitik.

Die wirtschaftspolitischen Vorschriften enthalten in erster Linie Maßnahmen zur Senkung der Preise und Zinsen. Danach sollen

### die gebundenen Kartellpreise

ebenso wie die Preise für Markenartikel bis zum 1. Januar 1932 um 10 Proz. gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Eine Senkung um 10 Proz. erfahren auch die Kohlen- und Kalkpreise. Diese gesenkten Preise dürfen bis zum 1. Juli 1932 nicht erhöht werden. Neben dieser Preislenkung soll ein Schutz gegen Uberteuerung dadurch erreicht werden, daß ein Reichskommissar für Preisüberwachung bestellt wird, der die Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Tarife der öffentlichen Unternehmungen usw. laufend zu überwachen hat.

### Eine große Uberteuerung stellen die Vorschriften über die Zinssenkung dar.

Sie sehen vor, daß alle Zinsen von Anleihen, Pfandbriefen, Obligationen usw. gesenkt werden. Soweit die Zinssätze bisher 8 Proz. betragen haben, sollen sie auf 6 Proz. ermäßigt werden, bei Zinssätzen von bisher über 8 Proz. tritt eine Ermäßigung im Verhältnis von 8 : 6 ein, und bei Zinssätzen über 12 Proz. wird der über 12 Proz. hinausgehende Teil nach dem Verhältnis von 8 : 4, das heißt um 50 Proz. gesenkt. Diese Zinssenkungsvorschriften gelten auch für alle übrigen Schulden, insbesondere für Hypotheken. Der Aufwertungszinssatz, der ursprünglich vom 1. Januar 1932 ab 2½ betragen sollte, wird auf 1 Proz. gekürzt, so daß die Aufwertungsinsen sich nur von 5 auf 6 Proz. erhöhen. Für alle Schulden, die von der Zinssenkung erfaßt werden, wird ein Kündigungschutz bis zum 31. Dezember 1933 verfügt, der spätestens am 31. Dezember 1935 abläuft. Neben der Zinssenkung am Kapitalmarkt soll unter Führung des Reichskommissars für das Bankgewerbe am Geldmarkt eine Zinssenkung durchgeführt werden. Dabei sollen auch die Proportionen der Banken eine Ermäßigung erfahren. Die Vorschriften über die Zinssenkung werden schließlich ergänzt durch Bestimmungen über die Senkung der Steuereinzinsen

und die Aufhebung der Steuerzuschläge auf Grund der Verordnung vom 20. Juli 1931.

### Der zweite Teil der Notverordnung umfaßt die Bestimmungen über die Wohnungswirtschaft.

Die Hauszinssteuer wird bereits am 1. April 1935 und 1937 um je ein Viertel gesenkt, sie soll vom 1. April 1940 ab überhaupt nicht mehr erhoben werden. Die Hausbesitzer erhalten das Recht, die Hauszinssteuer durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen. Der Ablösungsbetrag soll bei Entrichtung bis zum 31. März 1932 das Dreifache und bei Ablösung bis zum 31. März 1934 das Dreieinhalbfache der jährlichen Hauszinssteuer betragen. Das laufende Aufkommen aus der Gebäudeverschuldungssteuer soll grundsätzlich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden verwendet werden, jedoch können die Länder bestimmen, daß bis zu einem Fünftel Mittel für den Wohnungsbau, die Umschuldung und für Zins- und Mietzuschüsse für Neubauwohnungen bereitzustellen sind. Das Aufkommen aus der Ablösung ist gefordert zu verwalten.

Der Abschnitt über

### die Mietlenkung

bringt eine Herabsetzung der Mieten vom 1. Januar 1933 um 10 Proz. der Friedensmiete. Die Mieten der Neubauwohnungen sollen dagegen um den Betrag gesenkt werden, um den sich die Belastung des Grundstückes infolge der Zinssenkung ermäßigt. Da eine besondere Mietlenkung zum Ausgleich für die Ermäßigung der Aufwertungsinsen nicht vorgesehen ist, wird man annehmen müssen, daß mindestens für einen Teil der Grundstücke sich aus dieser Regelung

### eine weitere Subvention zugunsten der Hausbesitzer

ergibt. Laufende Mietverträge, die vor dem 15. Juli 1931 abgeschlossen sind, können vom Mieter zum 31. März 1932 gekündigt werden. Die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn der Vermieter eine Mietlenkung um mindestens 20 Proz. vornimmt. Schließlich enthält die Notverordnung eine ganze Reihe von Bestimmungen, die einen beschleunigten Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vorsehen. Der dritte Teil der Notverordnung bringt Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung. Er enthält Vorschriften

# Brüning-Rede im Rundfunk.

## Scharfe Kampfanzeige gegen die Hitlerei.

Reichstanzler Dr. Brüning hielt gestern abend im Rundfunk eine Rede über die neuesten Notverordnungen, wobei er unter anderem ausführte:

Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung, die soeben der Herr Reichspräsident unterzeichnet hat, halte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volk in großen Zügen Aufschluß über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung zu geben. Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volk im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen andererseits auch zurück auf Fehler, die wir selbst in den vergangenen Jahren gemacht haben. Tag für Tag schreitet die

### Zerrüttung der Weltwirtschaft

Weltwirtschaft der englischen Währung sinkt der Wert zahlreicher anderer Währungen. Ein Wirtschaftskrieg von ungeheurer Ausdehnung ist entbrannt, der die Wohlfahrt aller Völker der Welt zu untergraben droht. Weder über das Maß der die ganze Welt bedrückenden Schwierigkeiten noch über die wesentlichen Ursachen des gefährlichen Zustandes der Gegenwart sind sich die Menschen im klaren. Sie kennen auch die besondere Rolle, die Deutschlands Lage hierbei spielt. Sollen die Gefahren gebannt werden, dann dürfen die Entscheidungen der Regierungen der Welt nicht hinter den Erkenntnissen zurückbleiben, dann müssen die vielfachen Hemmungen überwunden werden, die sich aus überkommenen und stark gewordenen politischen Auffassungen ergeben. Durch Festhalten an uralten Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt noch nicht gemindert werden. Großzügige Lösungen müssen gefunden werden, deren Wirksamkeit nicht mehr durch überholte Konstruktionen und Gedankengänge der Vergangenheit belastet ist. Wollte man abermals bei Teilschlüssen stehen bleiben, die an der zwangsläufigen Gesamtlage vorbeigehen, so würde sich schnell erweisen, daß sie nicht nur für die einzelnen Beteiligten unzureichend, sondern auch für die Welt unheilvoll sind.

Mit den auf deutschen Antrag eingeleiteten

### Verhandlungen in Basel über die Reparationsfragen

haben die internationalen Verhandlungen begonnen. Ich will im Augenblick deshalb darauf verzichten, auf die Einzelheiten der Reparationsfrage einzugehen. Aber ich richte noch einmal den dringenden Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verteidigten Grundzüge verständnisvoller und solidarischer Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Deutschland ist zum Zentrum des wirtschaftlichen Sturmes, der durch die Welt geht, geworden. Mag in einzelnen Zweigen der Wirtschaft anderer Länder die Krise größer sein als in Deutschland, eines steht fest, von der Gesundung Deutschlands, von den Maßnahmen, die die deutsche Regierung hierfür ergreift, und von der verständnisvollen Mitarbeit der übrigen Völker hängt es ab, ob diese Krise ohnegleichen beschworen und die Welt noch rechtzeitig vor der Zerrüttung ihres Wohlstandes gerettet werden kann. Heute ist die Wirtschaft enger miteinander verknüpft denn je. Jede Erschütterung in einem Lande hat tiefere Auswirkungen auf die übrigen Länder.

Wenn jedes Land die Leiden hat, sich abzugrenzen, währungs-

### nachst unweigerlich das Gesamtmaß der Wirtschaftszerrüttung

aller Länder. Alles dieses weist auf die internationale Beschädigung hin. Aber bis zu einer solidarischen Lösung der Krise der Welt muß jede verantwortliche Regierung der Welt den Weg gehen, der aus den Lebensbedingungen des eigenen Volkes und der eignen Wirtschaft sich ergibt. Vollkommene Lösungen kann sie allein nicht geben. Für Deutschland, das eine schwere Inflation erlebt hat, steht im Vordergrund die Sicherung der Währung.

## Der Preisdiktator.

Der Reichspräsident empfing gestern abend den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preisfestsetzung das in der neuen Notverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

### Er muß von Hugenberg Abschied nehmen.

Der neuernannte Reichskommissar Dr. Goerdeler hat sich nach einer Unterredung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Hugenberg entschlossen, da seine Stellung ihn in einen Gegensatz zur politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning bringe, aus der Partei auszutreten. In der Erklärung darüber gibt er bekannt, daß er nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundzügen der Partei sich verbunden fühlt.

Die deutschnationale Pressestelle erklärt zu dem Austritt Goerdelers, daß die grundsätzlich ablehnende Haltung der Partei zur Regierung Brüning den Austritt des Reichskommissars, der der Regierung seine Mitarbeit zur Verfügung stellt, zu einem Akt selbstverständlicher Loyalität mache.

## Das Uniformverbot.

### Einschneidende Bestimmung gegen politische Verbände.

Die neueste Notverordnung enthält auch diese Bestimmung über das Verbot von Uniformen:

Das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Das Verbot gilt für jedermann. Die Reichsregierung bestimmt, welche Vereinigungen als politisch im Sinne der Vorschrift anzusehen sind.

Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildere Umstände vorliegen, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist.

Durch diese Bestimmung wird § 8 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1933 außer Kraft gesetzt. Dieser gab die Möglichkeit, solche Uniform- und Abzeichenverbote zu erlassen. Jetzt ist die Sache nach Vorschrift in eine neue Vorschrift umgewandelt.

Heute wird diese Auffassung der Reichsregierung kaum mehr Kritik finden. Dieses Ziel zwingt die Reichsregierung noch außer zur Erfassung und planvollen Bewirtschaftung der anfallenden Devisen, es zwingt im Innern zur unbedingten Sicherung des Etats auch mit harter Mittel.

War es möglich, bis zur Auswirkung der zughilfen Pfundkrise wahlüberlegt miteinander in Zusammenarbeit stehende Maßnahmen schrittweise zu treffen, so ist jetzt der Augenblick gekommen, entscheidende Maßnahmen auf zusammenhängenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen.

Sie sollen den Zweck haben, für längere Zeit den Ausbezug zu schaffen, der Arbeitswillen und wirtschaftlicher Entschlossenheit Raum gibt. Unmöglich ist es, die eigene Wirtschaft, Lohnhöhe und Preishöhe auf die Währungsschwankungen anderer Länder dauernd einzustellen. Das hieße, eigenes Schicksal der Ungewißheit fremder Entschlüsse auszuliefern. Davons würde sich kein Ausweg ergeben, denn jeder strebt danach, am seinem Teil sich vorweg zu entlasten. Aber auch mit selbständigen Maßnahmen von Lohnsenkungen, Schutzschilfen und Preisfestsetzungen allein gibt es keine durchgreifende Erleichterung, nicht einmal für den einzelnen. Darum sind Umfang und Tragweite des vorliegenden Geschehes so viel größer als früher. Deswegen müssen

### Preisfestsetzung, Zinssenkung, Lohn- und Gehaltsfestsetzung sowie die Senkung der Frachten, also Maßnahmen auf der ganzen Linie, gleichzeitig erfolgen.

Nur so kann es gelingen, zu verhindern, daß die Reaktionskraft sinkt, die Produktion weiter zusammenbricht und die Arbeitslosigkeit ins Ungemeine steigt. Abbau und Tilgungsmöglichkeiten der Hauszinssteuer, verbunden mit der Zinssenkung, werden eine mindestens zehnprozentige Verringerung der Rieten ermöglichen. Abbau der Zinsen, geradete Berechnung der Handelspanne müssen eine weitere Verbilligung des täglichen Bedarfs herbeiführen. Strenge Preisbindungen werden aufgelockert. Zu gleicher Zeit, wie die Lohnsenkungen erfolgen, werden die Preise der gebundenen Produktion, Kohle, Eisen, Düngemittel heruntergesetzt. Frachtenfestsetzung in großem Ausmaß unterläßt die Preisfestsetzung. Die Zinsen der langfristigen Verpflichtungen mit Ausnahme der ausländischen werden ebenfalls heruntergesetzt. Die Produktionskosten, besonders auch der Landwirtschaft, werden auf diese Weise gemindert.

So soll überall, was auf der einen Seite allen Schichten der Bevölkerung genommen werden muß, auf der anderen Seite ihr durch Steigerung der Kaufkraft des Geldes wiedergegeben werden. Beifolge bleiben: Belegung des Binnenmarktes, Aufrechterhaltung der weltwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit!

Alles dies soll zusammenwirken, um die Verküpfung am deutschen Geldmarkt und in der deutschen Weltwirtschaft zu lösen, soweit das durch staatliche Machtmittel überhaupt geschehen kann. Schutz gegen Zwangsersteigerungen für unverschuldet durch die Wirtschaftskrise in Not geratene, aber an und für sich gesunde ländliche und städtische Grundbesitzer sind durch Ereignisse der letzten Zeit ebenfalls notwendig geworden.

Schmerzhaft sind die Opfer, die von Beamten, Arbeitern und Angestellten, ja darüber hinaus in beschränktem Umfang auch von den durch Sozialversicherungen Betroffenen nun abermals verlangt werden. Wir haben lange versucht und alles daran gesetzt, sie zu vermeiden, aber die Wirtschaftskrise zwingt wegen der inneren gegenseitigen Zusammenhänge dieser Dinge auch hier zuzugreifen. Schmerzhaft ist für viele die Zinssenkung der festverzinslichen Wertpapiere. Wenn sie manchen Sparers trifft, so möge er bedenken, daß die Erleichterung des Kapitaldienstes ihm selbst in seiner Lebenshaltung zugute kommt, und daß die erschreckende Höhe des deutschen Zinsniveaus eine Gefahr für die Sicherheit der Kapitalanlage selbst bedeutet. Dieser Gefahr wird durch die Zinssenkung begegnet.

Alle diese Opfer müssen zur Senkung der Preise, zur Erleichterung der Lebenshaltung führen. Das ist ihr unabänderlicher Sinn. Damit er sich erfüllt, werden sie alle zugleich gebracht.

Hinter allen diesen Maßnahmen steht als ein weiteres entscheidendes Moment die Sicherung des Etats. Durch Erhöhung der Umsatzsteuer — bei Schonung des Brotes, Mehles und Getreides als Volksnahrungsmitteln — und durch die Senkung der Ausgaben ist die Kassen- und Etatslage gesichert, sind die Voraussetzungen geschaffen, die für jeden einzelnen das Wichtigste sind: daß nämlich die Zahlungen des Staates in den kommenden Monaten pünktlich geleistet werden können.

Wenn die deutsche Politik der Versuchung nachgeben würde, die Leiden der Gegenwart durch Steigerung unklarer Hoffnungen und durch Herausstellung unerreichbarer Ziele zu heilen, so würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Für jeden, der in der Verwirklichung solcher Ziele nachgeht, muß ein schreckliches Erwachen kommen. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art, soweit sie auch im Volke um sich greifen, nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückweichen, einem drohenden Verfall der Volksträfte mit eiserner Energie entgegenzutreten.

### Legalität, die keine ist.

Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge — notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Not den verfassungsmäßigen Gewalt in den Arm zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Verurteilungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu antipolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Maßnahmen verfaßt und vorgegetragen werden. Dagegen werde ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste.

Erfüllt von dem Ernst der Verpflichtung unserer Lage, erfüllt von der leidenschaftlichen Sehnsucht, Fehler der Vergangenheit auszumergen, nicht zaudernd, aber nach durchdachtem Plan unser Volk

über das Mindestgehalt, über die einseitige Einstellung von Zwangsersteigerungen und besonderen Vorschriften zugunsten der Landwirtschaft. Von den sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen des vierzehnten Teils ist zu erwähnen 1. die Gewährung steuerlicher Erleichterung für die Aufstellung von Gesellschaften (Betriebsrenten und Aufsicht), 2. Anpassung der steuerlichen Vermögensbewertung an die derzeitigen Wertverhältnisse, 3. Außerhebung der Mineralwassersteuer vom 1. Januar 1932 bis zum 31. Dezember 1933, 4. Bildung eines Fonds von 20 Millionen für die Rationalisierung gewerblicher Genossenschaften, 5. Bilanz- und handelsrechtliche Vorschriften, 6. die Ausprägung von Bierpfennigstücken.

Der fünfte Teil enthält unter der Überschrift

### Sozialversicherung und Fürsorge

Vorschriften über die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Knappschaftsversicherung. Auf dem Gebiet der Knappschaftsversicherung werden die Verträge zwischen den Krankenkassen und den Ärzten einer Neuregelung unterworfen, außerdem werden die Leistungen der Krankenversicherung auf die sogenannten Regelleistungen beschränkt und damit freiwillige Mehrleistungen der einzelnen Kassen in Zukunft unterbunden. Bei der Unfallversicherung wird eine Rente nicht gewährt, wenn die Erwerbsbeschränkung infolge des Unfalls weniger als 20 Proz. beträgt. Außerdem fallen alle 20prozentigen Renten nach dem Ablauf von zwei Jahren weg. Des weiteren bringt die Notverordnung eine ganze Reihe von Vorschriften über die Vorzeitigkeit, die Anrechnung von Renten, die Kinderzuschüsse usw.

Besonders einschneidend sind

### die arbeitsrechtlichen Vorschriften

des sechsten Teils. Danach werden alle Löhne und Gehälter ohne Rücksicht darauf, ob Tarifverträge laufen oder nicht, auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückgeführt. Würde das eine mehr als 10prozentige Senkung bedeuten, so soll die Senkung auf 10 Proz. beschränkt sein. Bei Löhnen und Gehältern, die seit dem 1. Juli 1931 nicht getriggt worden sind, soll aber in diesem Fall eine Senkung um 15 Proz. eintreten. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieser Vorschriften entscheidet der Schlichter.

Das Kernstück der Maßnahmen zur Sicherung der Haushalte ist

### die Erhöhung der Umsatzsteuer

von 0,65 auf 2 Proz. mit Wirkung vom 1. Februar 1932. Von dieser allgemeinen Erhöhung sind ausgenommen die Erzeugnisse aus Getreide, Mehl und Backwaren. Die Sondersteuer für Warenhäuser, und Konsumvereine bleibt im bisherigen Ausmaß bestehen. Ihre Steuer beträgt also im allgemeinen 2,5 Proz. und bei den begünstigten Lebensmitteln wie bisher 1,35 Proz. Neben der allgemeinen Erhöhung wird eine Ausgleichsteuer auf die Einfuhr eingeführt, von der gewisse Waren, vor allem Rohstoffe, ausgenommen werden sollen. Der Reichsfinanzminister erhält die Ermächtigung, die Umsatzsteuer nach dem Vorbild der österreichischen Umsatzsteuer auf der Grundlage der sogenannten Pfaffenpauschalierung umzugestalten.

Zur Erleichterung der Kassenlage im laufenden Rechnungsjahr werden die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer vom 10. April auf den 10. März 1932 vorgelegt. Besondere Maßnahmen werden gegen die Kapital- und Steuerhinterziehung durchgeföhrt. Von Personen, die seit dem 31. März 1931 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, soll eine besondere Reichsfluchtsteuer erhoben werden, die ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens beträgt. Befreit von dieser Steuer sind Personen, deren Vermögen 200 000 Mark und deren Einkommen 20 000 Mark nicht übersteigen hat. Wird die Reichsfluchtsteuer nicht innerhalb zweier Monate gezahlt, so treten strenge Strafbestimmungen in Kraft, die auf Gefängnis und Geldstrafe, Vermögensbeschlagnahmung, öffentliche Bekanntgabe und Erlaß eines sogenannten Steuerfahndungsbefehles lauten. Außerdem werden die geltenden Vorschriften gegen die Kapital- und Steuerflucht in mehreren Punkten verschärft.

Wichtig für die

### finanzielle Sanierung der Gemeinden

ist die Vorschrift, daß alle die Gemeinden nach für das laufende Rechnungsjahr ihre Realsteuern erhöhen können, die unter den Landesdurchschnittslagen liegen.

### Die neue Gehaltskürzung beträgt 9 Proz.

des Grundgehalts der Reichsbeamten — also ohne Rücksicht auf die bisherigen Kürzungen und tritt vom 1. Januar 1932 ab in Kraft. Derselben Kürzung wie die Beamten werden die Ruhegehaltsempfänger unterworfen, dagegen soll für die Soldaten der Wehrmacht nach einer besonderen Regelung erfolgen. Die Löhne der Reichsarbeiter werden um 10 Proz. gekürzt. Alle Gehalts- und Lohnkürzungsmaßnahmen finden auf Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften entsprechende Anwendung.

Der achte Teil der Notverordnung umfaßt ausschließlich Maßnahmen, die dem sogenannten

### „Schutz des inneren Friedens“

dienen sollen. Das sind Maßnahmen gegen Waffennißbrauch, ein allgemeines Uniformverbot, Bestimmungen über die Verstärkung des Ehrenschutzes und die „Sicherung des Weihnachtsfriedens“. Nach dem Uniformverbot ist das Tragen von Parteikleidung außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Die Verstärkung des Ehrenschutzes bringt Strafverschärfung bei übler Nachrede und Verleumdung. Der Weihnachtsfriede soll sich auf die Zeit von heute bis zum 3. Januar 1932 erstrecken und in dieser Zeit sind alle öffentlichen politischen Versammlungen und die Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. In der gleichen Zeit ist die Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften politischen Inhalts untersagt.

Die angekündigte amtliche Mitteilung über die Notverordnung wird erst am Mittwochvormittag ausgegeben. Die Veröffentlichung des Wortlautes der neuen Notverordnung, die ein Druckwerk von rund 50 Seiten ist, ist gleichfalls auf Mittwochvormittag verschoben worden.

## Heute Diskontsenkung.

### Ein oder zwei Prozent Kreditverbilligung.

Der Zentraleauschuh der Reichsbank ist für heute nachmittag einberufen worden. Eine Kreditverbilligung der Reichsbank ist zu erwarten. Offen ist, ob nur der Lombardfuß oder zugleich auch der Diskont um 1 Proz. ermäßigt wird, so daß eine zweiprozentige Kreditverbilligung einträte.

Gegen Gehaltskürzung protestierten in der Londoner Alibethalle 11 000 Polizisten aus allen Teilen Englands und aus Wales. Da der Polizeipräsident allen höheren Beamten den Besuch verboten hatte, führte ein Polizeisergeant den Vorstoß.

Rund um die Einheitsfront.

Von Kalkberge-Rüdersdorf zum Wedding.

In der Nacht nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 zog ein Trupp Nationalsozialisten aus Kalkberge-Rüdersdorf vor das Haus des dortigen sozialdemokratischen Amtsvorstehers...

Vor einigen Wochen nun traten kommunistisch orientierte Gewerkschaftsmitglieder an den Vorsitzenden des ADGB-Ortsausschusses, einen Sozialdemokraten, heran und ersuchten um die Bildung einer Einheitsfront aller örtlichen proletarischen Organisationen...

Die „Rote Fahne“ dachte aber darüber anders. In der Nr. 213 vom 25. November 1931 befanden die Kalkberger Kommunisten schwer eins auf den Kopf. Es heißt da: „Ein Beispiel, wie man die Einheitsfront nicht herstellen kann, bietet das Verhalten unserer Genossen in Kalkberge...“

Keilerei oder Einheitsfront?

Auch im Werk Seestraße der Bergmann-Elektrizitätswerke bemühten sich die Kommunisten um die Herstellung einer Einheitsfront. Denn seitdem die Nazis auf dem Wedding ihre Stützpunkte haben, beplästern sie nicht nur die Brotfabrik von Witzler mit ihren Flugblättern...

straße und verteilten Flugblätter. Die Kommunisten machten das selbe und es dauerte nicht lange, da hatte man sich in den Haaren. Die Nazis waren gleich dabei, Kabeleiden aus der Tasche zu ziehen — einige Zeugen wollten auch Revolver beobachtet haben — und nur weil gerade eine Polizeistreife vorbeikam, unterließ eine Schlägerei...

Raubüberfall am Arkonaplatz.

Handtasche mit 200 Mark erbeutet.

Am Arkonaplatz, im Norden Berlins, wurde gestern abend auf offener Straße ein strecher Raubüberfall verübt. Als gegen 19 1/2 Uhr die 31jährige Portierfrau Charlotte Schwierblatt, die am Engländer 22 wohnt, den Arkonaplatz passierte, wurde sie von einem jungen Burshen angefallen. Der Mann warf der Frau eine Handvoll Pfeffer ins Gesicht...

Landfriedensbruch und Aufruhr.

9 Kommunisten zu insgesamt 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

In der Nacht zum 9. August war es in dem Städtchen Alt-Landsberg in der Mark, unweit Berlin, zu schweren Ausschreitungen gekommen, die den Gegenstand einer Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht Nichtenberg bildeten. Die Arbeiter Sonnend, Friedrich, Tsch, Freudenhammer, Boldt, Flüge, Branig und Michalte und der Schrankenwärter Wesseliowski waren des schweren Landfriedensbruchs und des Aufruhrs angeklagt.

In der betreffenden Nacht hatte in dem Hotel „Deutsches Haus“ ein Sommernachtsball stattgefunden, an dem die Angeklagten teilgenommen hatten. Dabei war besprochen worden, den Landjäger Geinim diese Nacht „fertigzumachen“.

gehen. Es bildeten sich Gruppen, die nach und nach die Beamten einzukreisen versuchten. Die Landjäger sahen sich darauf genötigt, die Passanten mit dem Gummistockel auseinander zu treiben. Die Menge, ungefähr 150 Personen, nahm eine drohende Haltung ein. Die Beamten wurden mit Steinen bombardiert und mit Äufen wie „Schlagt die Jörgelbeihunde tot!“...

Das Gericht verurteilte Branig und Tsch zu je einem Jahr, Friedrich, Wesseliowski und Flüge zu je zehn Monaten, Sonnend und Freudenhammer zu je neun Monaten und Boldt und Michalte zu je sechs Monaten Gefängnis. Sämtliche Angeklagte gehören der kommunistischen Partei an.

Sachverständiger im Calmette-Prozess.

Die erste Fütterung war ausschlaggebend.

Lübeck, 8. Dezember.

Als erster Sachverständiger wurde Professor Dr. Ludwig Lange vom Reichsgesundheitsamt vernommen. Die Warnung des Reichsgesundheitsamtes bezieht sich auf die Sachverständige eher als eine Stellungnahme. Man könne darin keine Fahrlässigkeit erblicken, daß die Herren die Richtlinien des Reichsgesundheitsamtes nicht beachtet hätten. Es wäre aber besser gewesen, wenn sie sich noch einmal an das Reichsgesundheitsamt oder an das Robert-Koch-Institut gewandt hätten.

Zur dritten Frage, ob vom Beginn der Fütterung an eine genaue Beobachtung der Säuglinge hätte erfolgen müssen, erklärte der Sachverständige, es sei ja in Lübeck eine Untersuchung innerhalb der ersten sechs Monate geplant gewesen, aber es wäre richtiger gewesen, wenn man zu Anfang eine genaue Beobachtung angestellt hätte. Die Frage, ob die gesundheitliche Schädigung der Kinder durch die erste oder auch durch die zweite und dritte Fütterung erfolgt ist, beantwortet der Sachverständige dahin, daß die erste Fütterung ausschlaggebend gewesen sei, daß aber auch die zweite und dritte allein schädigende Wirkungen hätte hervorrufen können...

Todessturz auf Zeppelin-Werft.

Friedrichshafen, 8. Dezember.

Dienstagvormittag ereignete sich in der Neuen Luftschiffhalle der Zeppelin-Werft ein tödlicher Unglücksfall. Der 32 Jahre alte Schlosser Markus Bisfinger arbeitete in einer Höhe von 50 Metern an der Entlastungsanlage des Hallendaches. Aus bis jetzt noch nicht bekannter Ursache stürzte Bisfinger plötzlich in die Tiefe und blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen. Bisfinger war erst 14 Tage verheiratet.



Familie Loriot Roman von Eise Möbus

„Ja, er hat mir wohl ein paar höfliche Zeilen geschrieben und bedauert, eine so begabte Schülerin verloren zu haben durch den Krieg, er schrieb mir auch von zwei deutschen Studenten, die in Genf geblieben sind. — Aber Mama — jetzt versteh ich dich erst, du denkst wohl, da stehe eine unglückliche Liebe dahinter, und ich heiratete deshalb nicht, weil ich den Herrlichsten von allen nicht kriegen konnte.“ Germaine lachte hell und fröhlich. „Rein, zur unglücklich Liebenden habe ich wohl noch weniger Talent als zur Ehefrau.“

vorderste Bank, auf der ein Platz frei war und betrachtete aufmerksam die jungen Gesichter. „Ja, die 1a ist jetzt geradezu berüchtigt geworden. Aber wenn ich Sie mir so ansehe, habe ich eigentlich gar keinen schlechten Eindruck. Mir kommt es vor, als sähe ich mich selbst, als ich in Ihrem Alter war. Und ich kann mir nicht denken, daß ich mich mit Ihnen nicht vertragen kann.“ Niemand antwortete. Erstaunte, erwartungsvolle, verlegene, mißtrauliche Augen sahen Germaine an. „Nun, wir werden ja sehen. Herr Direktor sagte mir, daß Sie die Vektüre der „Zaire“ von Voltaire begonnen haben — ich möchte allerdings jetzt zunächst nicht mit Ihnen weiterlesen, sondern wir wollen uns einmal über Voltaire selbst unterhalten.“

„Ja, die Engländer haben zwar auch gegen uns gekämpft, aber wir sind rassemäßig mit ihnen verwandt. Aber die Franzosen sind auch ihrer Rasse nach unsere Todfeinde.“ „Ja, Fräulein Bergmann hat uns das während des Krieges so oft gesagt, und da haben wir so oft französisch ausfallen lassen, obwohl wir noch gar nicht viel konnten, und jetzt, wo wir so weit sind und wo wir erwachsene Mädchen sind, da sagt sie, es steht auf dem Stundenplan und wir hätten überhaupt nichts zu jagen.“ „Ja, und einmal hat sie es sogar abstreiten wollen, sie hätte nicht gesagt, daß die Franzosen unsere Todfeinde seien, sondern bloß Feinde! Und dabei weiß ich es noch ganz genau.“

(Fortsetzung folgt)

# Probleme der Fürsorgeerziehung

Eine Rundgebung der Liga für Menschenrechte.

Die Liga für Menschenrechte hatte im Herrenhaus zu einer Rundgebung „Probleme der Fürsorgeerziehung“ eingeladen. Anlaß dazu boten die bekannten Vorgänge in den Anstalten Rieding, Scheuen und Waldhof bei Templin. Es hatten sich Erzieher und Fürsorgezöglinge in stattlicher Anzahl eingefunden; die einen wie die anderen schüttelten auch vor der Tribüne ihr Herz aus. Den Vorsitz führte Frau Adele Schreiber.

Der städtische Fürsorger Justus Ehrhardi wollte angesichts der großen Mängel der Fürsorgeerziehung eine entscheidende Betonung auf die vorbeugenden Maßnahmen gelegt wissen. Dr. Bitter, ehemals Direktor des Bienenhofes, sprach sich sehr energisch gegen die Verquickung von Arbeitshaus mit Fürsorgeerziehung aus, redete dem großzügigen Ausbau der Jugendhöfe das Wort und wandte sich mit Schärfe gegen die Art Fürsorgeerziehung, die den jungen Leuten während den Weg ins Leben verbaut. Der Leiter des Grünen Hauses in Tegel Efflinger sah die Dinge weniger grau. Es gebe schon, erklärte er, ein Häuflein Erzieher, die voll und ganz in ihrer Tätigkeit aufgehen, die mit Liebe und Idealismus ihre Arbeit an der Jugend vollbringen, es gibt auch jetzt für die Fürsorgezöglinge Wege ins Leben und auch Strafen, die ein Ende nehmen. H. Dr. Bed. setzte sich für Jugendberatungsstellen ein, H. Dr. Löwenthal vertrat, auf seine Erfahrungen aus dem Scheuen-Projekt hinweisend, ein Beschwerderecht für die Fürsorgezöglinge. Ehlers, selbst früherer Fürsorgezögling in Rieding, geißelte die Praktiken der Inneren Mission, die es fertig gebracht hatte, die Riedinger Erzieher trotz des gegen sie ergangenen Urteils immer noch in Schutz zu nehmen. Zum Schluß gab es eine scharfe Auseinandersetzung zwischen einigen Fürsorgezöglingen aus dem Waldhof, die sich mit großer Wärme für ihre Anstalt einsetzten und verschiedenen Anwesenden aus dem Publikum, die diese Vorfälle auf Waldhof nicht geizen lassen wollten. Alles in allem: Man erhielt manche Anregung, es fiel so manches scharfe und allzu berechtigende Wort der Kritik, es gab aber auch so manche Heberzeugung und Verallgemeinerung. Segensreich Ausländer, der zu häufig in diese Rundgebung geraten wäre, hätte tatsächlich die Heberzeugung nach Hause mitnehmen müssen, daß in den deutschen Fürsorgeanstalten die Zöglinge nur wie Knechte oder wie Tiere behandelt werden, daß sie kalt Essen nur Prigeln erhalten und daß die Direktoren und Erzieher nichts anderes verdienen, als mit Schimpf und Schande davonzugehen zu werden. Man sollte sich endlich angewöhnen, auch in der berechtigten Kritik Maß zu halten. Es gibt auch in Deutschland Anstalten, die sich sehen lassen können, es gibt Direktoren und Erzieher, die voll Liebe in ihrer Tätigkeit an der Jugend aufgehen, und Fürsorgezöglinge, die ihren Weg im Leben gerade dank der Anstalt machen und mit Dank an ihre Anstaltszeit zurückdenken. Die Auswüchse und Mängel sollen nicht vertuscht und nicht verkleinert werden.

## „Philipp Lachmann teilt Ihnen mit.“ Erpressungsanklagen gegen einen Bücherrevisor.

Gegen den 60jährigen bekannten Bücherrevisor Philipp Lachmann, der auch in vielen Strafprozessen von den Gerichten als Sachverständiger in Anspruch genommen worden ist, hat die Staatsanwaltschaft III eine Anklage wegen fortgesetzter verurteilter Erpressung gegenüber dem Rechtsanwalt und Notar Justizrat Dr. Johannes Werthauer erhoben.

Am 27. August dieses Jahres ging der Ehefrau des Justizrats Werthauer in einem Briefumschlag durch die Post eine Karte zu, auf der stand: „Renette! Philipp Lachmann teilt Ihnen mit, daß ein Mitglied Ihrer Familie Unheil droht. Ich warne, um andere damit im Zusammenhang stehende junge Menschenleben zu retten. Hiermit habe ich meine Pflicht als Mensch und Jude erfüllt. Das weitere liegt an Ihnen.“ Die Anklage geht davon aus, daß die Angaben Lachmanns über seinen Gewährsmann, der etwas gegen Dr. Werthauer plane, erfunden sei, und daß Lachmann nur sich dabei im Auge gehabt habe. Dr. Werthauer hatte gegen Lachmann wegen Verbreitung unrichtiger Behauptungen vier Prozesse auf Unterlassung angestrengt, von denen zwei inzwischen zu ungünstigen Lachmanns rechtskräftig entschieden sind. Aus diesen Prozessen schuldete Lachmann Justizrat Werthauer etwa 4000 Mark Kosten. Da Lachmann seine Behauptungen fortsetzte, war Dr. Werthauer sehr scharf gegen Lachmann vorgegangen und es drohte Lachmann Zwangsvollstreckung und Vorlegung zum Offenbarungseid. Die Anklage nimmt daher an, daß Lachmann durch die Drohbrieife Justizrat Werthauer bestimmen wollte, von Zwangsmaßnahmen Abstand zu nehmen.

## Kriminalassistent als Angeber?

Vor einiger Zeit hatten wir berichtet, daß in einer Gerichtsverhandlung eine Frau angeklagt war, weil sie sich öffentlich in belästigender Weise, wie der Sachausdruck lautet, „zur Unzucht angeboten“ hätte. Als Zeuge war ein Kriminalbeamter vernommen worden, der die Angeklagte in seinen Aussagen belastete. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis mit Bewährungsfrist. Wir hatten damals das Verhalten des Kriminalbeamten kritisiert. Wir äußerten die Ansicht, daß er keine Veranlassung hatte, einzugehen.

Von unterrichteter Seite erhalten wir zu unserer Stellungnahme eine Mitteilung, nach der der Kriminalbeamte keineswegs aus seiner eigenen Einstellung zum Begriff der „öffentlichen Unzucht“ eingeschritten sei. Er sei hierzu vielmehr verpflichtet gewesen. Der Anzeiger des Kriminalbeamten habe ein Verstoß der Angeklagten gegen § 18 III des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 zugrunde gelegen. Dieses Reichsgesetz habe zwar die Strafbarkeit gewerbetätiger Unzucht an sich in Fortfall kommen lassen, wende sich aber in der angeführten Bestimmung eindeutig gegen jede Verletzung von Sittlichkeit und Anstand und gegen jede Belästigung, die sich öffentlich aus dem Anbieten zur Unzucht ergeben können. Die Ausführungsbestimmungen verpflichteten die Polizei, die Straße daraufhin zu überwachen, daß keine derartigen Verstöße begangen werden. Für die Durchführung dieser Aufgabe bestohe beim Polizeipräsidium Berlin unter der Bezeichnung „Ordnungstreife“ eine besondere Kriminaldienststelle. Dieser gehörte der von uns angegriffene Beamte an. Die Streifenbeamten seien zwar angewiesen, sich jeder anghörigen Anwendung der Ordnungsbekämpfung zu enthalten und bei geringfügigen Verstößen nicht zu intervenieren einzumischen. Außerdem würden nach den Ausführungsbestimmungen Personen, die zum erstenmal bei einem Verstoß der genannten Art betroffen werden, grundsätzlich überhaupt nicht zur Anzeige gebracht. Im geschilderten Falle aber hätten diese Voraussetzungen nicht vorgelegen. Der Kriminalbeamte habe als Angehöriger der Ordnungstreife durchaus seine Pflicht getan und ein Befehl zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einwandfrei in Anwendung

# Frau und Mutter als Zeugen.

Sachverständige halten Kabelitz für voll verantwortlich.

Potsdam, 8. Dezember.

Unter großer Spannung wird in der Nachmittags-Sitzung die Ehefrau des Angeklagten Kabelitz vernommen, die mit ihrem Mann in Scheidung liegt, und später auch die Mutter des Angeklagten. Am heutigen Mittwoch ist das Urteil zu erwarten.

Die Ehefrau lernte ihren Mann 1928 in Jersch kennen. Er war damals noch nicht 21 Jahre, aber er erklärte der Zeugin, daß er mit 21 Jahren eine größere Abfindung von seinem Vater zu erwarten hätte. Im März 1929 heirateten beide. Jeden Tag fuhr nun der Angeklagte nach Berlin. Er erzählte seiner Frau, daß er in Berlin als Kaffierer tätig sei. Das war aber nicht der Fall. Richtige Arbeit fand ihr Mann eigentlich nie. Wiederholt hat er Ehebruch getrieben. Am Nachmittag vor der Mordnacht mußte die Zeugin ihren Wintermantel für 7 Mark verlegen, während der Angeklagte in der Kneipe Karten spielte. Dann kam er angeheitert zum Abendbrot, um gegen Mitternacht wieder fortzugehen. Gegen 3 1/2 Uhr früh kam ihr Mann wieder. Da war die Mordnacht vollbracht. Er war sehr laut beim Zubetgehen, so daß die Nachbarn an die Wand klopfen. Am nächsten Morgen sah er schon wieder bei Staffspiel in der Kneipe. Am Tage nach der Mordnacht ließ er in seiner Wohnung vergnügt das Grammophon spielen. Immer hat er eine geladene Waffe bei sich geführt. Einmal richtete er sie gegen seinen Kopf, ein anderes Mal fiel ein Schuß im Badezimmer. Gleich am Tage nach dem Mord los der Angeklagte die Mordberichte seiner Frau aus der Zeitung vor. Frau Kabelitz mußte nach der Tat ihren Mann verleugnen, als Kriminalbeamte ihn suchten. „Mein Mann ist ein Mensch, der gern andere Leute reinlegt“, ruft Frau Kabelitz. Als Kabelitz zu Wort kommt, verjagt er seine Frau, die einen vorzüglichen Eindruck macht, als lügendhaft hinzustellen.

Als letzte Zeugin wird die Mutter des Angeklagten Kabelitz, Frau Lucie Kabelitz, vernommen. Kaum betritt die 57jährige Frau den Gerichtssaal, als sie hysterisch ausruft: „Ich gebe mein Herz dem Heiland frei und will hier die volle Wahrheit sagen.“ Nun erzählt die Zeugin allerhand Nebenächlichkeiten aus der Jugend ihres angeklagten Sohnes, den sie als sehr fleißig bezeichnet. „Mein Junge kann Kochen, stoßen und nähen wie ein Mädchen“, schreit die Frau. „Ich habe für mein Kind gehungert und nun steht mein Junge da als Angeklagter. Mein Gott, wäre ich doch lieber gestorben. Der Junge ist unschuldig, ich bitte um Gnade.“ Der Vorsitzende hält der Zeugin vor, daß die Mordwaffe in ihrer Wohnung gefunden ist. Frau Kabelitz: „Ja, die brachte mir mein Junge eines Tages. Ich mußte ja gar nicht, daß er mit dem Mord in Jersch in Verbindung stand. Erst als die Polizeibeamten kamen, erfuhr ich, daß mein Junge der Mörder sein sollte. Ich bitte um Ihre Barmherzigkeit, meine Herren!“

Die Sachverständigen bezeichnen den Angeklagten als einen ausgesprochenen Psychopathen, die Intelligenz ist bei ihm durchaus normal. Es liegt bei dem Angeklagten eine Störung des Willens und Gefühlslebens vor. Er ist von seiner Mutter her erblich belastet. Die Völsfelshulderei ist nichts weiter als eine Zweckhandlung, um in ein Krankenhaus zu kommen. Von einem Raufschußzustand bei Begehung der Tat kann gar keine Rede sein. Ebenso ist Epilepsie nie bei dem Angeklagten bemerkt worden. Irgendwelche Wahnvorstellungen oder Sinnesstörungen lagen bei ihm auch nicht vor. Wenn ein Mensch mit einem fremden Kraftwagen von Jersch nach Berlin fahren kann, so kann von irgendeinem Dämmerzustand oder Bewußtlosigkeit gar nicht gesprochen werden. Die Sachverständigen hielten den Angeklagten für seine Tat voll verantwortlich. Die Beweisaufnahme wurde geschlossen.

Das Urteil wird am heutigen Mittwoch gefällt.

## Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt

17. Kreis Lichtenberg. Freitag, 11. Dezember, 19 und 21 Uhr: Filmvorführung „Der Kampf um die Erde“ verbunden mit Vortrag in der Lichtenberger Jugendabteilung, Holteistraße 7-8 Losabschnitte der Arbeiterwohlfahrtslotterie berechnen zum freien Eintritt, sonst Eintritt 30 Pf. Rege Beteiligung erwünscht.

gebracht. Im übrigen müsse noch erwähnt werden, daß die Beschwerden aus der Bevölkerung über Belästigungen auf der Straße gerade in letzter Zeit im Zunehmen begriffen seien.

Wir haben dieser Aufklärung gern Raum gegeben. Wir stehen auch nicht an, die Vorwürfe gegen den Beamten zurückzunehmen. Wir glauben aber, daß derartige gesetzliche Bestimmungen nicht geeignet sind, die Prostitution mit Erfolg zu bekämpfen. Man wird die Straße nur säubern können, indem man den Menschen, die sich als „Prostituierte“ auf ihnen bewegen, Arbeit beschafft. Dabei soll das Bestehen einer berufsmäßigen, auch durch Arbeitsbeschaffung allein nicht auszurottenden Prostitution nicht bestritten werden.

## „Kameradschaft“ Film vor Arbeiterkindern.

Das Bezirksamt Prenzlauer Berg hat über tausend Schulkindern seines Bezirkes den Film „Kameradschaft“, jenes erschütternde Dokument der Leidensgeschichte des ständig von qualvollem Tode bedrohten Kumpels, gezeigt. Es liegt aber der Schilderung dieser tieftraurigen Begebenheit noch ein anderer, ganz großer Gedanke zugrunde, die Verbrüderung von Freund und Feind im Augenblick der Gefahr und das Erkennen: wir sind Arbeitstiere, du wie ich, wir schützen beide für elenden Lohn und keiner von uns weiß, ob er das Tageslohn wieder sieht; auf jeden aber warten täglich voll banger Sorge Frau und Kinder, die Brot wollen! Gemeinsam ist unser Loos, gemeinsam wollen wir es in all seiner Härte tragen. — Im „Glossum“, Danziger Straße, sah und stand dicht bei dicht mit erwartungsvoll gespannten Jüngen das Schülerpublikum, höhere Schulen und ein Teil der Volksschulen. In schlichter, eindrucksvoller Weise sprach Bürgermeister Genosse Dr. Ostrowsky die einführenden Worte, dann rollte der Film, der mit scharfer Sonde menschliches Elend und bitterste Dual bloßlegt, ausklingend in dem Schlußgedanken: Kumpel bleibt Kumpel, was Landes Sohn er auch sei! Totenstille herrschte in dem großen Raum, nur einmal von starkem Beifall der jungen Menschen unterbrochen, als die „Grenze“ fällt. Zum Schluß dankte einer im Namen aller. Was man hier den Schülern bot, ist so wertvoll, daß man nur hoffen und wünschen kann, diese praktische Aufklärungsarbeit nachgeahmt zu sehen.

## Sammelschwindel zur Weihnachtszeit.

Um die Weihnachtszeit, wenn die Menschen gebefreudiger werden, versuchen Wohlfahrtsvereine durch Sammlungen ihre Fonds aufzufrischen. Ganner machen sich das natürlich zunutze, veranstalten auf eigene Faust Sammlungen und lassen den Erlös natürlich in die eigene Tasche fließen. Zwei Sammelschwinder konnten jetzt wieder gefaßt werden. Der eine, Karl Fiebig, hatte sich Briefbogen mit dem Aufdruck „Katholische Gesangenshilfe“ beschafft; seine Listen zeigen reiche Spenden. Der zweite Verhaftete ist der 50 Jahre alte Kaufmann Günther H., der vor einiger Zeit bei der „Hilfsgemeinschaft notleidender Geistesarbeiter“ angefaßt war. Als er abgehört wurde, entwendete er einige Briefbogen und Stempel, fertigte sich selbst Listen an und sammelte nun für die eigene Tasche.

## Wintergarten.

Der Wintergarten, der den Ruhm für sich in Anspruch nehmen darf, so manchem jungen Künstler die Pforten zur großen Varietémult geöffnet zu haben, bleibt seiner Tradition auch weiter treu. Der kleine Balljongleur Paolo richtet sich noch sehr nach seinem bekannten großen Vorbild Koffell, aber das schadet nichts, er wird seinen Weg schon machen. Richtiger, er macht ihn schon. Man ist sehr erfreut, ihn dann zum zweitenmal mit der italienischen Bedini-Lafini-Truppe auftreten zu sehen, wo er sich mit seinen zwei kleinen Brüdern von dem Papa Untermann durch die Luft wirbeln läßt. Aber auch die schöne Mama ist eine treffliche Künstlerin. Bemerkenswerter Varieténachwuchs. Eine großartige Trapezkünstlerin ist Suissa Beers, 30, 40, 50 Rückenwellen am Tropen, das macht sie mit Leichtigkeit in einer Zeit, in der einer eine Schrippe ist. Die Bolgaroff-Truppe entwickelt ein herrliches Tempo. Der männliche Partner ist ein menschlicher Kreisler, droht sich an die vierzig, bis fünfzigmal wie im Wirbelwind, Walli Marelli und de Costa verfügen über erstaunlich biegsame Körper und vollführen Wunder der Elastizität. In Sam Barton und den Barraletas begrüßen wir alte Bekannte,

deren grotesker Humor eine außerordentliche Wirkung hat und das Haus in die fröhlichste Laune versetzt. Sarti und Russo, zwei italienische Sänger von Format, könnten ruhig wie viele andere Künstler internationalen Ranges, ihrem deutschen Publikum das Kompliment eines deutsch gelungenen Viedes machen. Ueber das Ballett Gfosty wird an anderer Stelle berichtet werden. Es bringt eine Gruppe entzückender Mädels in ebenso entzückend neuartigen Kostümen. Solotänzerinnen sind Anna Erlon-Untermeyen, Elisabeth Dorenberg-Rostau und Vera Mahle-Berlin.

## Singstunde der Arbeiterjugend.

In der Schulaula Pasteurstraße 44 hat sich die zahlreiche, frohe Sangesgemeinschaft der SWJ. zusammengefunden. „Wir wollen euch da gar nichts vormachen“, meint der Spielleiter Genosse Hoffmann in seiner launigen Ansprache, „und uns nicht etwa als wohlhabende Künstlerchor großtun! Was wir wollen, das wollen auch ihr: Festkultur, aber nicht im Sinne imponierender Regietextstücke, sondern aus dem tiefen, ehrlichen Bedürfnis gemeinsamen Wollens, gemeinsamen Handelns!“ Gerade die offene Singstunde, die alle zum gemeinsamen Gesang vereint, ist ein Mittelglied der Massen im ethischen Sinne, denn was sie singen und was sie ihnen in Wort und Musik doppelt einprägt, das ist der ewige Bekehrer der geknechteten Kreatur, der im sieghaften Becken zum Weg der Freiheit ausklingt. Wie schön und eindrucksvoll sang Knorr: „Bei Sonne in Nächten“ mit dem Schlußwort „Wir wollen nicht mehr Amboß, wir wollen Hammer sein!“ oder „Viele sind stark“ von Mansfinger, die Hand, die sich dem Bruder bietet im gerechten Kampf um die Freiheit. Unter Leitung seines Dirigenten Walter Rhode sang der proletarische Singkreis Berlin noch eine Reihe von Kampfsliedern, darunter „Wir aus Erde“ von Knorr und Knabs „Arbeitermarsch“, der in felsenhaftem Melodist all die stumme Bedrängnis besonders stark zum Ausdruck brachte. Das SWJ-Orchester spielte unter Rudolf Barthel sehr hübsch Bach, Haydn und Mozart. Gemeinsames Vorlesen aus der Dampfheit des Alltagsnotates, befreiter Ausdruck eines starken Willens.

## Die neue Vorstadtsiedlung.

Das Siedlungsorhaben der Reichsregierung stand auch bei einer Tagung der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft im „Meißneraal“, Köthener Straße, im Mittelpunkt der Erörterungen. Stadtbaurat A. D. Figgis aus Hagen führte in seinem Referat über „Der Gartensiedlungsplan“ und die Innensiedlung“ aus, daß die Siedlung niemals nach provinziellen Gesichtspunkten, sondern nur nach nationalwirtschaftlichen Überlegungen erfolgen darf. Eine Umleitung der Bautätigkeit muß dahin erfolgen, daß keine neue Wohnung mehr in einem arbeitslosen Wirtschaftsraum hineingebaut wird. Der Vortragende strebt die Errichtung von neuen Siedlungsbauerndörfern an, die ihre Beziehungen zu den nahen Städten haben. Er denkt sich eine Luftflugsiedlung, die sich vorläufig mit den primitivsten Unterkünften für Mensch und Tier begnügt und sich erst im Verlauf der Zeit nach den Bedürfnissen und Umständen verbessert. Auch unterstreicht er die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Siedler. Für das alles sei notwendig eine straffe Wirtschaftsdiziplin, die alle Verbände und Interessenten durchdringt und von einer Wertgemeinschaft geleitet wird. In dem Vortrag fehlte leider der Hinweis, wie sich der Vortragende den Absatz der Produkte bei den heutigen katastrophalen Marktverhältnissen denkt.

Anwalt Ljacer hat Selbstmord verübt. Die Gerüchte, die gestern um den Tod des Rechtsanwalts Dr. Ljacer verbreitet waren, wonach L. nicht Selbstmord verübt habe, sondern erschossen worden sei, haben sich als völlig unbegründet erwiesen. Kriminalkommissar Werneburg und der Gerichtsarzt Dr. Dgrenfurth haben Selbstmord einwandfrei festgestellt.

Die endlose Trauer. Auf den ehemaligen nordfranzösischen Schlachtfeldern an der Borettohöhe sind seit dem letzten Sommer die Leichen von 108 französischen und 162 deutschen Soldaten gefunden worden. Von den französischen Soldaten wurden bisher 31, von den deutschen 17 identifiziert.

Sprechchor für proletarische Feiern. Donnerstag, den 10. Dezember, 19 1/2 Uhr, im Gesangsfool der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17: Übungsstunde.

Hier wirkt **Wohlbund** es macht unempfindlicher gegen Erkältung!



## Ist Deutschland konkurrenzfähig?

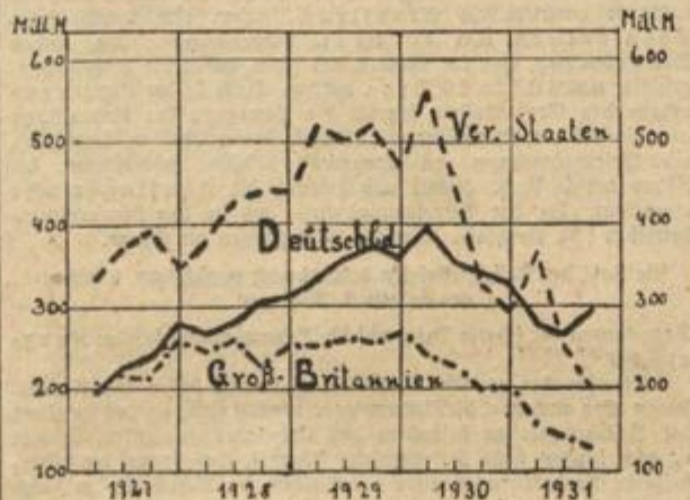
### Die Löhne zu hoch? — Die Maschinenindustrie hat die Weltkonkurrenz geschlagen.

In Heft 22 des „Maschinenbau“, dem wirtschaftlichen Organ des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, finden wir äußerst interessante Angaben über die Entwicklung der Maschinenausfuhr Deutschlands, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Die folgende Auswertung, nicht wesentlich abweichend von der des „Maschinenbau“, gründet sich auf das gleiche Material.

Unser Bild 1 zeigt die Maschinenausfuhr der drei genannten Länder in Vierteljahrsziffern. Die Maschinenausfuhr der Vereinigten Staaten betrug im ersten Vierteljahr 1927 etwa 237 Millionen Mark. Sie erfuhr dann, im ganzen gesehen, eine andauernde Steigerung, um im ersten Vierteljahr 1930 mit 565 Millionen Mark ihren höchsten Wert zu erreichen; sie ist seitdem scharf gesunken und hat — nach einer vorübergehenden Aufschwungperiode Anfang dieses Jahres, die allein hohen Russenlieferungen im Februar zuzurechnen ist — im dritten Vierteljahr dieses Jahres mit

bedeutend höher als die amerikanische ist (mit Ausnahme der erwähnten Spitze Anfang dieses Jahres), so daß Deutschland nunmehr in der Maschinenausfuhr führend ist.

Im Bild 2 sind die Werte für das erste Vierteljahr 1927 gleich 100 gesetzt; es zeigt die Entwicklung seit diesem Zeitpunkt mit be-

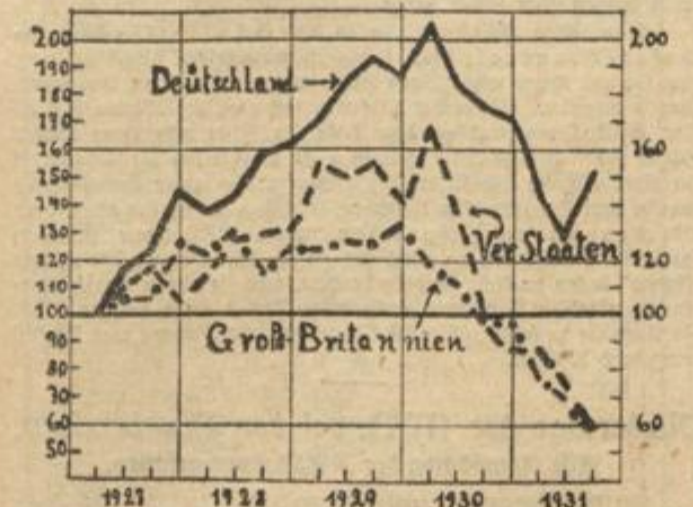


sonderer Klarheit. Das Auf und Ab im großen, die Richtung der drei Kurven zeigt eine große Gleichmäßigkeit: den Anstieg bis zur Jahresmitte 1929/30 und den Abstieg danach. Darin zeigt sich die Abhängigkeit der drei Länder von der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung. Aber das Ausmaß des Steigens und Fallens der Kurven ist ganz verschieden.

Vom Aufschwung hat am meisten die deutsche Ausfuhr profitiert, und in der Krise hat sie sich weit besser als die der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gehalten: der niedrigste Vierteljahreswert der deutschen Ausfuhr lag immer noch 27 Prozent über dem vom Anfang 1927, der niedrigste der beiden anderen Länder aber 40 Prozent darunter!

Die Anteilsziffern haben sich sehr zugunsten Deutschlands verschoben. An der gesamten Maschinenausfuhr der drei Länder war im ersten Vierteljahr 1927 Deutschland nur mit 26 Prozent, England mit 28 Prozent, Vereinigte Staaten aber mit 46 Prozent beteiligt. Im September dieses Jahres aber war der Anteil Englands auf 19 Prozent, der der Vereinigten Staaten auf 37 Prozent gesunken, der Anteil Deutschlands jedoch hatte sich auf 44 Prozent erhöht.

Deutschlands Maschinenindustrie hat sich also in den letzten fünf Jahren auf dem Weltmarkt als weit überlegen erwiesen. Die deutschen Löhne waren kein Hindernisgrund, daß Deutschland zum ersten Maschinenausfuhrland der Welt wurde. Die Behauptung, die Löhne seien mit Rücksicht auf den Export zu hoch, ist in klassischer Weise für die wichtigste deutsche Ausfuhrindustrie widerlegt.



200 Millionen Mark ihren bisher niedrigsten Stand aufzuweisen. Die Maschinenausfuhr Großbritanniens ist von 203 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1927 auf 270 Millionen Mark im vierten Vierteljahr 1929 gestiegen; seitdem ist sie gesunken und machte im dritten Vierteljahr 1931 nur noch 125 Millionen Mark aus.

Deutschlands Maschinenausfuhr hatte im ersten Vierteljahr 1927 mit 196 Millionen Mark den niedrigsten Wert unter den drei Ländern aufzuweisen. Aber schon im zweiten Vierteljahr 1927 liegt sie dauernd über der Maschinenausfuhr Großbritanniens. Im ersten Vierteljahr 1930 erreichte sie mit 397 Millionen Mark ihren höchsten Punkt, um seither — gleich der Ausfuhr der anderen Länder, aber in wesentlich schwächerem Ausmaß — abzusinken. Ihren bisher niedrigsten Wert zeigte die deutsche Maschinenausfuhr im zweiten Vierteljahr 1931 mit 265 Millionen Mark; im dritten Vierteljahr ist sie wieder auf 297 Millionen Mark gestiegen, aber nur wegen einmaliger Russenlieferungen im Juli. Besonders wichtig ist die Tatsache, daß seit mehr als einem Jahre die deutsche Ausfuhr nicht un-

Wirtschaftszweigen bevorzugen, ist durch diese Ausführungsbestimmungen nicht beabsichtigt. Jedoch kann durch die Bestimmungen der größte Schaden vermieden werden, besonders wenn die staatlichen Stellen, die über die Entschuldungsanträge zu entscheiden haben, sich nicht von dem Gedanken der Beijerhaltung, sondern ernstlich von dem der Produktionserhaltung leiten lassen.

## Frankreichs Rüstungskonzern.

### Schneider-Creusot, der europäische Rüstungsriese, hat unverändert hohe Gewinne. — Auch gute Citroën-Bilanz.

Die bekannte französische Konzerngesellschaft Schneider-Creusot, des größten Rüstungskonzerns des europäischen Kontinents, erzielte im Jahre 1930/31 einen Reingewinn von über 26 Millionen Franken, fast soviel wie 1929/30, so daß die Gesellschaft an ihre Aktionäre ohne Mühe 20 Prozent Dividende wie im vergangenen Jahre ausschütten kann. Alle Angaben sind wieder sehr spärlich. Die Firma Schneider et Cie. ist zwar eine Aktiengesellschaft, doch liegt der Hauptteil der Aktien bei der Familie Schneider und das Aktienkapital, das 100 Millionen Franken, also noch nicht einmal 17 Millionen Mark beträgt, entspricht in keiner Weise den vorhandenen Werten.

Die gesamten Anlagen werden mit nur 95 Millionen Franken, d. h. mit rund 16 Millionen Mark ausgemessen. Die der Gesellschaft gehörenden großen Kohlen- und Erzbergwerke, Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Maschinen- und Lokomotivfabriken erscheinen also in der Bilanz stark unter ihrem wirklichen Wert. Das gleiche gilt von den Beteiligungen, obwohl sich dieser Posten diesmal in der Bilanz von 149 auf 179 Millionen Franken (noch nicht 30 Millionen Mark) vergrößert hat. Die Gesellschaft ist an einer ganzen Reihe französischer Industrieunternehmen und Banken maßgeblich beteiligt, außerdem an wichtigen Auslandsunternehmen, teils direkt, in der Hauptsache aber durch ihren Anteil an der Union Européenne, in der die meisten ausländischen Interessen des Schneider-Konzerns zusammengefaßt sind. Eine Bewertung all dieser Beteiligungen mit noch nicht 30 Millionen Mark entspricht in keiner Weise ihrem wirklichen Wert. Außerordentlich hoch sind die Reserven; sie sind diesmal noch mit fast 4 Millionen Franken größer als im April 1930 und betragen über 251 Millionen Franken, sind also um 151 Millionen Franken größer als das Aktienkapital.

Gut hat auch der große Automobilkonzern André Citroën abgeschlossen, der seit einigen Jahren auch in Deutschland eine Tochtergesellschaft unterhält. Zwar sind bei dieser Gesellschaft die Wagenverkäufe von über 84 000 auf 70 000 zurückgegangen, doch betrug der Reingewinn fast 34 Millionen Franken. Die Reserven betragen jetzt 680 Millionen Franken, das Aktienkapital dagegen nur 400 Millionen.

Wenn auch in Frankreich die Wirtschaftskrise jetzt auf allen Gebieten Fortschritte macht, so sind die größeren französischen Konzerne von der Krise bisher nur wenig berührt. Von den 21 größten französischen Gesellschaften der Mitte des Jahres 1931 ihre Geschäftsabläufe mitteilten, konnten 10 Gesellschaften die vorjährige Dividende aufrechterhalten und zwei Gesellschaften waren sogar in der Lage, ihre Dividenden über die des Jahres 1929/30 zu erhöhen.

## Schultheiß-Pagenhofer.

Wie der Delegierte des Aufsichtsrates der Schultheiß-Pagenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft mitteilt, ist ihm der Bericht des vom Aufsichtsrat eingesetzten Prüfungsausschusses übergeben worden. Der umfangreiche Prüfungsbericht unterliegt zunächst einer sorgfältigen Durcharbeitung. Es ist beabsichtigt, den Aufsichtsrat in der zweiten Hälfte des Dezember einzuuberufen und ihm den Prüfungsbericht vorzulegen. Nach dieser Aufsichtsratsitzung wird die Öffentlichkeit näher unterrichtet werden.

## Besseres Rundfunkgeschäft in USA.

Die Radio Corp. of America, die von den beiden größten amerikanischen Elektrofirmen kontrollierte Radio-, Grammophon- und Filmfirma, die im vergangenen Jahr teilweise mit erheblichen Verlusten gearbeitet hat, hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1931 einen Reingewinn von fast 4 Millionen Dollar, d. h. über 16 Millionen Mark, erzielt, in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres dagegen nur 0,87 Millionen Dollar, also knapp 4 Millionen Mark. Dabei waren im Jahre 1931 die Abschreibungen größer als im Jahre 1930. Vielleicht darf man auch hierin schon eine Belebung der amerikanischen Konsumgüterindustrie erblicken, die dem Weichen einer Wirtschaftskrise vorangeht.

## Europäisches Glasindikat in Vorbereitung.

Am 11. Dezember kommen in Paris die führenden Industriellen der deutschen, französischen und tschechoslowakischen Glas- und besonders Flaschenindustrie zusammen, um nach dem Vorbild des deutsch-französisch-tschechoslowakischen Porzellanabkommens über eine internationale Zusammenarbeit zu beraten. Die Anregung zu diesen Besprechungen ging in der Hauptsache von Frankreich aus. In den letzten Jahren ging die französische Glaswarenausfuhr um etwa die Hälfte zurück, während sich die Einfuhr aus Belgien, Deutschland und der Tschechoslowakei vervielfacht hat. Die französische Industrie klagt besonders auch über die ihr unangenehme Konkurrenz auf den nordafrikanischen Märkten. Die Franzosen suchen daher jetzt ein Abkommen, das sich sowohl auf die Preise als auch auf die Produktionsmengen der Verhandlungspartner erstreckt. Gewünscht wird vor allem ein Preisabkommen für den französischen und den nordafrikanischen Markt. Sollte eine Vereinbarung nicht zustandekommen, so drohen die französischen Industriellen damit, daß sie sich an das Handelsministerium wenden wollen, das sie, wie sie sagen, entweder durch Schutzzölle oder durch Einfuhrbeschränkung und Festlegung von Einfuhrquoten schützen werde.

Die internationale Rohstoffgemeinschaft ist bis zum 31. März 1932 verlängert worden. Die deutschen, belgischen, französischen und luxemburgischen Delegierten haben sich mit der Schaffung eines zentralen Verkaufskontors einverstanden erklärt. Die Bedeutung dieses Kartells steht heute auf dem Papier.

# Die Durchführung der Osthilfe.

## Die Ausführungsbestimmungen mildern nur die größten Schäden.

Der Proteststurm aller einsichtigen Kreise gegen die Osthilfe-Ratenerordnung vom 7. November hat die Reichsregierung veranlaßt, durch Ausführungsbestimmungen die zutünftigen und teilweise schon eingetretenen Gefahren dieses völlig ungenügend durchdachten Gesetzes abzuwehren. In den Ausführungsbestimmungen ist man an verschiedenen Stellen den Gläubigerinteressen entgegengekommen, aber die Anpassung der überhöhten Kapitalbelastung an den wirklichen Substanzwert der ostdeutschen landwirtschaftlichen Betriebe soll noch wie vor auf Kosten der Gläubiger allein erfolgen.

### Die wichtigsten dieser Ergänzungen zur Notverordnung sind folgende:

Grundsätzlich wird festgesetzt, daß ein Entschuldungsverfahren nur in solchen Fällen anzuwenden ist, in denen die Durchführung des Verfahrens die Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte ermöglicht. Hierbei ist Vorsorge zu treffen, daß ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der landwirtschaftlichen Schuldner und ihrer Gläubiger gefunden wird. Durch diese Vorschrift wird die Zahl der in das Entschuldungsverfahren einzubeziehenden Betriebe bedeutend verkleinert, wenn bei der Entscheidung der staatlichen Stellen nicht, wie es im Osten üblich ist, der Einfluß der Großgrundbesitzer die gesetzgeberische Absicht durchkreuzt.

Ein Entschuldungsverfahren wird ferner als den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufend bezeichnet und nicht eingeleitet, wenn die damit verbundenen Eingriffe in die Rechte der Gläubiger infolge bestehender genossenschaftlicher Haftungsverpflichtungen oder infolge der Auswirkung auf Bantzen und Sparfassen zum Zusammenbruch einer größeren Anzahl gesunder Betriebe oder Kreditinstitute führen würde. Durch diese Bestimmung sind die Wünsche der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Banken erfüllt worden.

Zu Treuhändern für unter das Entschuldungsverfahren gestellte Betriebe dürfen ferner keine Personen bestimmt werden, die an der Durchführung des Verfahrens ein unmittelbares

Interesse haben. Diese Bestimmung ist nicht scharf genug, denn wer will bei der Gläubigerwirtschaft in Ostdeutschland dem als Treuhänder bestellten guten Nachbarn eines bankrotten Landwirts nachweisen, daß er ein unmittelbares Interesse an der Durchführung des Entschuldungsverfahrens habe. Besser wäre es, wenn man als Treuhänder nur absolut unabhängige Treuhändergesellschaften zugelassen hätte.

Wichtig ist weiterhin, daß Lieferungsverträge über landwirtschaftliche Waren nicht unter den Schutz des Sicherungsverfahrens fallen, sondern erfüllt werden müssen, gleichviel, ob sie vor Eröffnung oder nachher und mit Zustimmung des Treuhänders abgeschlossen sind. Auch dürfen private Vermögenswerte, die nicht zur Weiterführung des Betriebes gebraucht werden, den Zugriffen der Gläubiger nicht entzogen werden. Schließlich ist die

### Durchführung des Entschuldungsverfahrens selbst

wichtig. Zunächst soll eine gütliche Einigung zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern angestrebt werden. Ist dies nicht möglich, so ist ein Entschuldungsplan aufzustellen. In erster Linie soll die Stundung eines Teils der Gläubigerforderungen angestrebt werden, wenn das nicht genügt, sollen Zinsrückstände erlassen und die Zinsfüße vermindert werden. Reicht das alles noch nicht aus, so können die Kapitalforderungen herabgesetzt werden. Hierbei ist zu prüfen, ob die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes die Ausstellung von sogenannten Besserungsscheinen zugunsten der mit einem Teil ihrer Forderungen ausgefallenen Gläubiger gestattet. Bei der Kürzung von Kapitalforderungen sollen in erster Linie Erbauseinandersetzungsforderungen sowie betriebsfremde Forderungen leiden. Unter betriebsfremden Forderungen versteht man solche, die durch Aufwendungen des Landwirts entstanden sind, welche über das gewöhnliche Maß hinausgehen, sowie Kapitalforderungen, die durch Anhäufung von Zinsen aufgelaufen sind.

Unsere grundsätzliche Gegnerchaft gegen derartige Befehle, die einen Zweig der Wirtschaft unberührt vor anderen

Altbewährt bei Störungen der Horn-u. Verdauungsorgane u. bei Stoffwechsel-Krankheiten (nicht Zucker)

# Staatl. Fachingen

Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin S/W 8, Wilhelmstr. 55. Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken, Drogerien usw. sowie bei der Versandstelle der Staatlichen Fachingen und Niederleiters. Berlin SW 11, Schönberger Straße 16 a, Tel. (S. 2) Lützow 8260, 81.









durch die Krise, die die ganze Welt erschüttert, zum Frieden im Freizustand hindurchzubringen, habe ich am letzten Märztag 1930 den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten entgegengenommen. Ich habe bis zum heutigen Tage nach dieser Richtschnur gehandelt. Dabei war ich gezwungen, Parteiwünsche abzulehnen, Interessenforderungen Erfüllung zu versagen und alle Kraft darauf zu legen, die Freiheit unseres Volkes in diesem Ringen um die Zukunft drinnen und draußen zum Einsatz zu bringen. Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser ungeliebten materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen.

Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt den innerpolitischen Meinungsstreit zurückzutreten - ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Deshalb ist es

ein dem Lande abträglicheres Unterfangen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Verschiebungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht wird, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich aumaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künftighin wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Auslande ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.

Um den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte von jeder Seite zu schützen, ist eine Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch notwendig geworden. Die zunehmende Vergiftung des öffentlichen Lebens durch Verunglimpfungen politischer Gegner und leichtfertige Schablonenreden mußten zu einer Verschärfung der allgemeinen Beleidigungsparagrafen führen. Dafür wird nunmehr auch für die im Wege der öffentlichen Klage durchgeführten Strafprozesse wegen Beleidigung der Ehre der Beweisaufnahme lediglich in das Ermessen des Gerichts gestellt, und für diese das Schnellgerichtsverfahren unbeschränkt zugelassen.

#### Das Tragen von Uniformen und Abzeichen

politischer Verbände hat sich als immer größerer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Der Herr Reichspräsident hat sich ferner entschlossen, zur Sicherung des Weihnachtsfriedens von Mittwoch ab bis zum 3. Januar nächsten Jahres alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge zu verbieten, damit unser Volk Gelegenheit bekommt, Abstand von dem aufgeregten, lauten Tagesstreit zu gewinnen.

Zum Schluß wandte sich Brüning gegen den Vorwurf, daß er zu viel schweige.

Die Pflicht des gewissenhaften Arbeitens scheint ihm trotz allem größer zu sein als die des Redens, und er habe die Zuversicht, daß das deutsche Volk sich auf die Seite des sachlichen Ernstes stelle. Der Wai, eine schlimme Wirklichkeit in ihrer ganzen Härte anzuschauen und danach sich einzurichten, habe in der Vergangenheit allein die Völker zum Wiederaufstieg gebracht.

#### Neuer Antrag auf Reichstagsseinberufung

Die kommunistischen Mitglieder des Kabinettsrats haben am Dienstag einen neuen Antrag auf Einberufung des Reichstags beim Reichspräsidenten gestellt, und zwar für Freitag, den 11. Dezember. Die Einberufung des Reichstagsplenums wird für Dienstag, den 15. Dezember, verlangt. Als Tagesordnung werden kommunistische Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung vorgeschlagen, in Verbindung damit eine Finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache sowie erneut eine außenpolitische Aussprache und eine Erklärung des Reichsinnenministers zu den heftigen Dokumenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für Montag, den 14. Dezember, zu einer Sitzung einberufen worden.

### Die Baseler Beratung.

#### Eindrucksvolle Darlegung Dr. Reichhofs.

Basel, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Sonderauschuß der BZL hielt am Dienstagvormittag eine Sitzung ab, der zwei der neuen Mitglieder, Dr. Bindschedler-Schweiz und Collin-Holland beizuhören. In dieser zweistündigen Sitzung behandelte man sich mit dem sehr eingehenden Exposé über die Finanzlage Deutschlands. Das Exposé, das einen ausgezeichneten Eindruck gemacht haben soll, ist die Einleitung zu einem Bericht, der noch vorgelegt werden wird. Die Diskussion wird sich zunächst mit dem vorliegenden rein technischen Teil des Berichtes Dr. Reichhofs beschäftigen.

In der Nachmittagssitzung führte Dr. Reichhof seine Darlegung der deutschen Finanzen zu Ende und betonte

die Entschlossenheit Deutschlands, trotz dieser Situation die Goldwährung unbedingt aufrechtzuerhalten

und zwar aus folgenden Gründen: Deutschland hat die Verpflichtung zur Wahrung der Goldwährung in den Haager Verhandlungen übernommen. Die ausländischen und inländischen Anleihen, namentlich die Hypothekenanleihen, lauten auf Goldmark, schließlich steht die deutsche Bevölkerung noch unter dem Eindruck der verheerenden Inflation. Ein Verzicht auf den Goldstandard würde sofort eine allgemeine Preissteigerung herbeiführen.

Der Sonderauschuß hat einen technischen Unterausschuß aus den Sachverständigen der einzelnen Delegationen eingesetzt, der das deutsche Material prüfen wird. Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk wird am Donnerstag in Basel eintreffen, um dem Ausschuss alle notwendigen Erklärungen über den Reichshaushalt zu geben.

Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium ist in Basel eingetroffen, um Dr. Reichhof über die Einzelheiten der neuen Notverordnung zu unterrichten.

Oberbürgermeister Beims verunglückt. Wie aus Magdeburg gemeldet wird, ist der frühere Oberbürgermeister der Stadt, Genosse Beims, durch einen Sturz schwer verunglückt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht und operiert werden.

## Dingeldens Weg zur NSDAP.



„Schöner Weg! Schade nur, daß ich unterwegs soviel abschweife!“

## Die 5. Million überschritten.

Ende November 5 057 000 Erwerbslose.

In der zweiten Novemberhälfte hat nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt die Erwerbslosigkeit in Deutschland die Fünf-Millionen-Grenze überschritten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214 000 Personen zu, so daß die Gesamtzahl 5 057 000 Erwerbslose erreichte. Der Zustrom der neuen Erwerbslosen kam überwiegend aus den Saisonberufen, bei denen die Erwerbslosigkeit um 7,7 Proz. zunahm, während sie in den übrigen Berufsgruppen gegenüber dem 15. November um 2,4 Proz. anstieg.

Daß alle Maßnahmen der Regierung, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, restlos scheitern, wird durch nichts deutlicher gekennzeichnet als durch die Tatsache, daß die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr Ende November mit 1,3 Millionen genau so hoch geblieben ist wie im Sommer 1931, obwohl im Oktober und November vergangenen Jahres eine sprunghafte Steigerung der Arbeitslosigkeit eingeleitet hatte. Mit diesem sprunghaftem Anstieg hat aber das Tempo der Zunahme im letzten Vierteljahr völlig Schritt gehalten, denn seit dem sommerlichen Tiefstand hat sich die Erwerbslosenzahl in Deutschland um rund 1,1 Millionen vermehrt.

Im Ruhrkohlenbergbau scheint nunmehr der Tiefstand der Beschäftigung überwunden zu sein. Der Belegschaftsabbau ist zum Stillstand gekommen und die Zahl der Feierschichten hat sich verringert. In der Großeisenindustrie hielt dagegen der Rückgang der Beschäftigung an, wenn sich auch das Tempo verlangsamt hat. Trotz der überaus starken Schrumpfung in der Metallindustrie wurden hier auch in der Berichtszeit neue Entlassungen vorgenommen. Umfangreiche Entlassungen in der Strumpffabrikation, der Tuchindustrie und anderen Zweigen des Textilgewerbes werden überwiegend auf die englischen Zollserhöhungen, verbunden mit dem Pfundsturz, zurückgeführt. Das nur noch sehr schwach beschäftigte Baugewerbe fehte nach Fertigstellung einer größeren Anzahl Bauten und unter dem Einfluß des Frostwetters noch zahlreiche Arbeitskräfte frei.

Daß die Arbeitslosenversicherung ihren Versicherungscharakter nahezu völlig eingebüßt hat, beweist die Tatsache, daß von der Arbeitslosenversicherung nur noch 1,36 Millionen Erwerbslose, also gerade noch 30 Proz., unterstützt wurden, daß in der Krisenfürsorge 1,40 Millionen Erwerbslose sich befinden, während 2,3 Millionen als Ausgesteuerte der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge überlassen sind.

## Hoovers Jahresbotschaft.

Das Feierjahr / Plädoyer für den Kapitalismus.

Washington, 8. Dezember.

In gemeinsamer Sitzung beider Häuser des Kongresses wurde die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover verlesen. Die Außenpolitik ist nur in wenigen Sätzen behandelt, da sie Gegenstand einer Sonderbotschaft zur Ratifizierung der Rotatoriumsvorlage sein wird. Weitere Abrüstung, so meint Hoover, sei notwendig, wenn die Welt den früheren Lebensstandard zurückgewinnen wolle. Die bestehenden Abmachungen zwischen den Seemächten böten die Möglichkeit weiterer Herabsetzung der Plattenzölle, besonders wenn die französisch-italienischen Verhandlungen erfolgreich verlaufen sollten. Auf Deutschland und die deutsche Frage übergehend, erklärt Hoover:

Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa nahm im letzten Juni Ausmaße allgemeiner Panik an, die erkennen ließen, daß diese Völker ohne fremde Hilfe zusammenbrechen mußten. Die Furcht vor solchem Zusammenbruch hat unsere Produkte- und Wertpapiermärkte in Verwirrung gebracht und auch andere Völker bedroht, was wiederum neue Gefahren für uns heraufbeschwor. Von größter Bedeutung war daher die Notwendigkeit unserer Mitarbeit, um das deutsche Volk vor der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe zu schützen und seinen wichtigen Anteil am Fortschritt und an der Stabilität der Welt zu bewahren. Aus diesem Grunde hat Amerika das Schuldenerlösjahr und das Stillhalteabkommen in die Wege geleitet.

Ausführlich behandelt Hoover die innere Wirtschaftskrise, deren Gründe er in Spekulation, Inflation auf den Wertpapier- und Grundstücksmärkten, in schlechter Geschäftsführung zahlreicher Finanzinstitute und vor allem in ständigen Erschütterungen und Störungen im Ausland erblickt. In dessen glaubt Hoover, daß Amerika seine Erholung in welchem Maße unabhängig von der übrigen Welt bewertigen könne, wenn es ihm gelinge, durch Wiederherstellung des Vertrauens den abgestauten Kreditstrom wieder ins Fließen zu bringen und die Lage der amerikanischen Eisenbahnen zu verbessern.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärt Hoover, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, durch Einrichtung von Arbeitsnachweiskräften und durch die Abbremsung der Einwanderung dem heimischen Arbeitsmarkt Erleichterung zu verschaffen.

Hoover betont, daß er sich jeder unmittelbaren oder mittelbaren Erwerbslosenfürsorge widersetze, denn „der Zusammenbruch und die vermehrte Arbeitslosigkeit in Europa ist teilweise durch solche Maßnahmen verschuldet worden“.

Eine allgemeine Abänderung des Zolltarifes lehnt Hoover ab; das würde die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft stören und die Depression verlängern. Durch die

Solidaritätskommission sei die Möglichkeit geboten, Zulasse auf industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse, die durch die mit niedrigen Löhnen und Herstellungskosten arbeitende ausländische Konkurrenz bedroht sei, zu erhöhen und übermäßige Tarife herabzusetzen.

Als praktischen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft schlägt Hoover vor: eine drastische Verminderung der Regierungsausgaben und eine vorübergehende, höchstens auf zwei Jahre berechnete Steuererhöhung; weitere Kapitalbeteiligung der Regierung an den Bundeslandbanken zur Beschaffung billiger Kredite für die Landwirtschaft; Gründung von Baukreditbanken zur Förderung der Heimbautätigkeit; Schaffung einer „Wiederaufbaugesellschaft“, die den notleidenden, aber innerlich gesunden Industrien, Eisenbahnen, Finanzinstituten und landwirtschaftlichen Kreditanstalten gegen taugliche Sicherheiten vorübergehend Zuschüsse leisten soll. Hoover gibt nicht an, auf eine wie hohe Kapitalgrundlage die Wiederaufbaugesellschaft gestellt werden soll; man nennt aber eine Milliarde Dollar. Weiter schlägt Hoover vor: Erweiterung der bei den Federalreservebanken diskontierten Papiere; eine Bankreform, die den Banken die Einrichtung von Zweigstellen und den Beitritt zum Federalreserveystem erleichtern soll; eine Hilfsaktion für die Eisenbahnen, denen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch geeignete Zusammenstellungen ihre Betriebskosten herabzusetzen, und eine Lockerung der Antitrustgesetzgebung, besonders zugunsten der Kohlen-, Petroleum- und Holzindustrien. Ferner empfiehlt Hoover eine gewisse Vereinfachung der Bundesverwaltung und eine gezielte Berantertung der Einwanderungsbeschränkung.

Hoover schließt mit den zureichenden Worten, daß das auf persönliche Initiative gegründete Wirtschaftssystem auch den Sturm der gegenwärtigen Krise überstehen werde.

### Landfriedensbruch.

Das Urteil im Neumünsterer Kommunistenprozeß.

Neumünster, 8. Dezember.

Nachdem im Kommunistenprozeß die Beweisaufnahme zu Ende geführt worden war, begannen am Montagvormittag die Plädoyers. Am Spätabend fällt das Gericht folgendes Urteil: Wegen Landfriedensbruchs gegen qualifizierten Landfriedensbruchs werden verurteilt: der Hauptangeklagte Timm zu 2½ Jahren Gefängnis, die Angeklagten Winkler zu 1 Jahr, Rohls zu sieben Monaten, Röhbert zu sieben Monaten Gefängnis, die übrigen 17 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von vier bis sechs Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

